Protokoll Nr. 9 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Soziales und Integration“ des Beirates Vahr am 16.04.2018 in der Ev. Epiphanias-Gemeinde

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Fachausschuss	Herr Andreßen Herr Dicke Herr Dr. Haga (i.V. für Herrn Michalik) Frau Kößling-Schumann Herr Orlovius Herr Saake (i.V. für Herrn Hamo) Herr Siegel (i.V. für Frau Schulz)
b) als beratendes Mitglied	Herr Emigholz (i.V. für Herrn Sád)
c) vom Ortsamt	Frau Dr. Mathes Herr Berger
d) als Gäste	Herr Hausen (Förderwerk Bremen GmbH) Frau Helmken, Frau Eggers (Deutsches Rotes Kreuz (DRK)) Herr Möhlenbrock (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport) Frau Golovan (Amt für Soziale Dienste) Herr Fülberth (Umweltbetrieb Bremen (UBB)) Frau Trampe (Jugendhilfe und Soziale Arbeit (JUS)) Herr Lütjen (Förderwerk Bremen GmbH)

Die schriftlich vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 7 der Fachausschusssitzung am 14.11.2017 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Neue Wohngruppen in der Bevenser Straße 5

Einleitend erinnert Frau Dr. Mathes daran, dass der Sachverhalt vor etwa zwei Jahren bereits beraten worden sei.[1] Anschließend habe sich das Vorhaben mehrfach verzögert. Nachdem es nun aber absehbar beginnen werde, solle es nochmals der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Herr Hausen berichtet, dass sich die Beschäftigungsträger bras e.V. und Förderwerk Bremen GmbH vor zwei Jahren zusammengeschlossen hätten. Die administrativen Aufgaben seien am Standort Stavendamm gebündelt worden, so dass am Standort Bevenser Straße Räume frei geworden seien, für die eine neue Nutzung gesucht worden sei. Vor zwei Jahren sei eine betreute Wohngruppe für geflüchtete Jugendliche angestrebt worden. Angesichts der geänderten Rahmenbedingungen solle nunmehr eine betreute Wohngruppe für Jugendliche entstehen, die damals wie heute vom DRK getragen werden solle. Das Förderwerk selbst betreibe am Standort noch die Projekte „Bremer Lernweg“ und „Sprinter Bremen“.[2]

Frau Helmken (Bereichsleiterin Jugendhilfe) erinnert daran, dass sie das Vorhaben bereits 2016 vorgestellt habe. Damals sollte vorrangig geflüchteten Jugendlichen eine betreute Wohngruppe geboten werden. Heute solle eine interkulturelle Wohngruppe entstehen. Dabei werde die Nähe zu dem Beschäftigungsträger Förderwerk genutzt, um beide Angebote miteinander zu verzahnen. In der Wohngruppe kämen Jugendliche bis etwa 18 Jahren unter, die nicht mehr zu

[1] In der Fachausschusssitzung am 13.09.2016 wurde das Vorhaben „Wohngruppen für minderjährige Flüchtlinge am Standort Vahr“ vorgestellt. Siehe unter Protokoll Nr. 5 (TOP 1).
[2] Für beide Projekte siehe unter http://foerderwerk-bremen.de/.

Hause wohnen könnten. Der Umbau in der Bevenser Straße habe sich mehrfach verzögert. Der ursprünglich angestrebte Bezug im Frühjahr 2017 werde nun in diesem Jahr erfolgen. Nachdem der Umbau abgeschlossen sei, würden die Räumlichkeiten nun eingerichtet. Gegenwärtig fehle noch die Betriebserlaubnis des Landesjugendamtes, da der Brandschutz noch abschließend abgenommen werden müsse.
Frau Eggers (pädagogische Leitung) ergänzt die Ausführungen wie folgt:

- Insgesamt könnten in der Wohngruppe 15 Jugendliche beiderlei Geschlechts im Alter zwischen 13 und etwa 18 Jahren unterkommen;
- es erfolge eine enge Betreuung im Schichtdienst über 24 Stunden;
- es werde eine innere Differenzierung geben mit einer Wohngruppe für jüngere Jugendliche, bei denen ggf. noch die Möglichkeit bestehe, dass sie wieder nach Hause zurückkehren könnten, sowie einer Wohngruppe für ältere Jugendliche (ab 16 Jahren), die schon selbstständiger seien und auf das Leben in einer eigenen Wohnung vorbereitet würden;
- für das DRK sei diese Aufgabe nicht neu, da es bereits andernorts ähnliche Wohngruppen unterhalte;
- gegenwärtig werde das Betreuungsteam zusammengestellt, eine Teamkoordinatorin sei neu eingestellt worden.

Nachfragen beantworten von Frau Helmken und Frau Eggers wie folgt:

- Die fachlich ausgebildeten Mitarbeiter*innen seien in drei Schichten tätig. Nachts sei eine Person vor Ort, eine weitere sei in Rufbereitschaft. Vormittags, wenn die Jugendlichen in der Schule seien, seien ein bis zwei Mitarbeiter*innen im Dienst, nachmittags zwei bis drei. An Wochenenden und Feiertagen seien ebenfalls zwei Mitarbeiter*innen im Dienst. Es könne flexibel auf zusätzliche Anforderungen reagiert werden. Insgesamt stelle dies einen guten Betreuungsschlüssel dar;
- gegenwärtig sei noch nicht bekannt, welche Jugendlichen in die Wohngruppe einzögen. Die Zuweisung der Jugendlichen in diese Wohngruppe erfolge über die Jugendhilfe. Diese habe das Interesse, passgenau und nicht wahllos zu vermitteln;
- über das angrenzende Flachdach könne sich niemand Zutritt in die Wohngruppe verschaffen bzw. sie auf diesem Weg verlassen, weil dort das Zimmer der betreuenden Fachkräfte angesiedelt sei. Dieses sei entweder besetzt oder abgeschlossen;
- viele der Jugendlichen nutzten die Angebote von Sportstudios und seien sehr mobil. Es sei nicht davon auszugehen, dass sie immer zu Hause seien. Außerdem werde es einen Erlebnispädagogen geben, der den Jugendlichen Angebote unterbreite;
- das Außengelände sei in der Tat nicht ideal. Herr Hausen weist an dieser Stelle darauf hin, dass das Förderwerk beabsichtige, den jetzigen Eingangsbereich in einen Aufenthaltsbereich mit einem Nachbarschaftstreff und -café umzuwandeln;
- die Ängste und Befürchtungen der Anwohner*innen seien verständlich. Viele der vom DRK getragenen Wohngruppen seien jedoch unauffällig. Das DRK sei an einer guten Nachbarschaft interessiert. Das bedeute, dass sich die Kolleg*innen vor Ort der Nachbarschaft vorstellen würden und dass die Nachbarschaft die nötigen Kontaktdaten erhalten werde. Mit Beginn der Wohngruppe solle es ein Sommerfest geben, bei dem die Anwohner*innen die Einrichtung kennenlernen könnten;
- die Jugendlichen würden angehalten, die vorgegebenen Ruhezeiten einzuhalten. Die Regeln für das Ausgehverhalten richteten sich nach dem Jugendschutzgesetz. Sollten sich Jugendliche nicht an die Vorgaben und Verabredungen halten, dann werde das von dem Mitarbeiter*innen mit den Jugendlichen geklärt. Herr Möhlenbrock unterstreicht, dass es klare Regeln für Ausgehzeiten geben werde;
- von einem häufigen Wechsel der Jugendlichen sei nicht auszugehen, da die Wohngruppe Stabilität und Zeit brauche, um gegenseitige Beziehungen aufzubauen. „Auffällige“ Jugendliche müssten ggf. die Einrichtung wechseln. Herr Möhlenbrock geht davon aus, dass der Wohngruppe eher jüngere Jugendliche zugewiesen würden, die für einen längeren Zeitraum blieben;
- den Jugendlichen ständen Einzelzimmer mit Bad zur Verfügung. Darüber hinaus gebe es eine große Küche und einen Aufenthaltsraum;
- es werde im Einzelfall durch die verantwortlichen Case-Manager beim Amt für Soziale

Dienste entschieden, wann ein Jugendlicher nach Erreichen der Volljährigkeit ausziehen müsse. Zwischen dem DRK und den Case-Managern werde ein regelmäßiger Austausch stattfinden. Es mache keinen Sinn, Jugendliche über Jahre zu betreuen und mit Erreichen der Volljährigkeit einfach zum Auszug zu bewegen. Das DRK habe gute Erfahrungen mit dem Projekt „Betreutes Jugendwohnen“ gemacht, das ausziehende Jugendliche über einen flexiblen Zeitraum mit einer abnehmenden Stundenzahl in die Selbstständigkeit begleite.

Frau Helmken und Frau Eggers bitten darum, bei Problemen unmittelbar den Kontakt mit der Einrichtung zu suchen, damit zeitnah eine Lösung gefunden werden könne.

Anwohner*innen äußern ihre Sorge über mögliche Lärmbelästigungen und fehlende attraktive Aufenthaltsorte im Außenbereich.

Herr Frietsch (Ev. Epiphanias-Gemeinde) regt einen Runden Tisch an, um den Beginn des Projekts zu begleiten und sich eng mit der Nachbarschaft austauschen zu können.
Frau Eggers und Frau Helmken greifen diese Idee gerne auf.

Frau Dr. Mathes schlägt vor, die Nachbarschaft zeitnah über den Einzug der ersten Jugendlichen zu informieren und gleichzeitig die Kontaktdaten und den Termin für den ersten Runden Tisch zu vermitteln. Den bestehenden Ängsten könne am besten mit einer guten Struktur und einer gelingenden Kommunikation begegnet werden.

TOP 2: Ausstattung öffentlicher Spielplätze in der Vahr

Frau Dr. Mathes erinnert eingangs an die Vorgabe des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter, nach der „Planungen für Einrichtung, Fortbestand, Unterhaltung und Sanierung von öffentlichen Kinderspielplätzen“ im Einvernehmen mit dem Beirat erfolgen müssten.

Frau Golovan stellt an Hand einer Präsentation die Vahrer Kinderspielplätze, die Zuständigkeiten und geplanten Sanierungsmaßnahmen vor.[3] Für die Vahr stehe 2018 ein Budget von etwa € 36.500 zur Verfügung. An größeren Erneuerungsmaßnahmen ständen die Erneuerung des Unterstandes für Jugendliche auf dem Spielplatz an der Witzlebenstraße und der Aufbau einer neuen Spielkombination auf dem Spielplatz an der Philipp-Scheidemann-Straße bevor.
Herr Lütjen berichtet, dass auf dem Spielplatz Örreler Weg im vergangenen Jahr vieles zerstört worden sei. Ein großer Teil des Budgets für Unterhaltung sei in die Baumpflege investiert worden. Eigentlich müssten die Zuwegungen erneuert, der bestehende Kletterturm ergänzt und weitere Mülleimer aufgestellt werden; dies sei aber aus dem bestehenden Budget nicht zu bewerkstelligen. Oftmals würden Spielgeräte abgebaut, weil eine Reparatur nicht mehr lohne und der finanzielle Rahmen für eine Erneuerung nicht ausreiche.
Herr Fülberth teilt mit, dass die Gewährleistung der Verkehrssicherheit der Spielgeräte, Bäume und Zuwegungen im Vordergrund stehe. Reparaturen bis € 100 könnten in eigener Entscheidung veranlasst werden, größere Reparaturen müssten bei Frau Golovan beantragt werden.
Frau Trampe bestätigt die Ausführungen von Herrn Fülberth. Unter den Reparaturen stehe die Spielkombination auf dem Spielplatz an der Philipp-Scheidemann-Straße im Vordergrund. Der Neubeschaffung sei ein Beteiligungsprojekt mit den Kindern auf dem Spielplatz vorausgegangen. Der Wunsch nach einem Wasserspielplatz könne voraussichtlich in diesem Jahr nicht erfüllt werden.
Auf Nachfragen äußern die Referent*innen, dass

- für die Neugestaltung eines Spielplatzes mit einem Betrag in Höhe von € 100.000 gerechnet werden müsse; bei einem großen Spielplatz steige dieser auf über € 300.000 an;
- die Problematik wesentlich in zu geringen finanziellen Mitteln für Pflege und Unterhaltung liege;
- die Entscheidung über die Notwendigkeit von Reparaturen vor Ort durch die jeweiligen Beauftragten getroffen würde;
- es wöchentliche Sichtkontrollen, Quartalskontrollen und jährliche Hauptuntersuchungen der Spielplätze gebe, die dokumentiert werden müssten;

[3] Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

- ein stark frequentierter Spielplatz weniger Vandalismus-Schäden aufweise.

Herr Stöver (WIN-Quartiersmanager) verdeutlicht, dass sich die intensive Betreuung der Spielplätze durch die Vahrer Maulwürfe (JUS) bewähre und dass auch zukünftig Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ für Erneuerungsmaßnahmen auf den Vahrer Spielplätzen zur Verfügung ständen.

Herr Siegel unterstreicht, dass der Beirat darüber unterrichtet werden müsse, welches Budget für die Vahrer Spielplätze zur Verfügung stehe und welche Erneuerungen und Reparaturen geplant seien. Mit diesen Informationen könne dann gemeinsam entschieden werden.

Frau Dr. Mathes bittet Frau Golovan, auf den betroffenen Spielplätzen die Informationsschilder nachrüsten zu lassen, damit die Nutzer*innen wüssten, an wen sie sich im Schadensfall wenden könnten. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass in den nächsten Jahren mehr Geld für die Unterhaltung der Spielplätze zur Verfügung stehen werde.

Frau Golovan sichert zu, zukünftig geplante Erneuerungen zeitnah und formlos dem Ortsamt mitzuteilen, damit sie in den Fachausschüssen des Beirats beraten und entschieden werden können.

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen von Frau Golovan zur Kenntnis.

TOP 3: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher	Vorsitz	Protokoll
Andreßen	Dr. Mathes	Berger